

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prog. II., Haaslerova nám. 32.

Telephon:
redaktion: 6705.
redaktion: 6707.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich 1924.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 12. November 1924.

Nr. 265.

7000.

Günstiger Stand der Verhandlungen.

Seipel wieder mit der Regierungsbildung beauftragt. — Donnerstag
Wahl der Regierung.

Wien, 11. November. (E. B.) Die Sitzung des Nationalrates hat heute nur kurze Zeit gedauert. Der Präsident hielt zunächst dem verstorbenen Genossen Wiedenhofer einen Nachruf und machte dann Mitteilung von dem Rücktritt der Regierung. Er schlug vor, die nächste Sitzung am Donnerstag abzuhalten mit der Tagesordnung „Neuwahl der Regierung“. Die Sozialdemokraten stimmten durch Genossen Danneberg der Abhaltung der Sitzung am Donnerstag zu und erklärten, daß sie mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen von der Besprechung des Streits im gegenwärtigen Augenblick Abstand nehmen.

Nach der Pausenpause fand eine Sitzung des Hauptauschusses statt. In dieser wurde auf Antrag des Christlichsozialen Finkl mit acht gegen sechs Stimmen Dr. Seipel neuerlich mit der Kabinettsbildung betraut. Seipel erklärte, er nehme die Wahl an, würde aber zunächst mit den Parteien und mit den Eisenbahnern verhandeln, um festzustellen, ob die Sanierung durch den Streik nicht gefährdet sei. Nur unter diesen Umständen würde er eine Regierung bilden. Er werde die Verhandlungen sofort einleiten und am Donnerstag eine Regierungsliste vorlegen. Es wurde darauf die Sitzung des Hauptauschusses für Donnerstag zehn Uhr, eine Stunde vor der Pausenpause, anberaumt.

Die Verhandlungen der Eisenbahner mit der Generaldirektion wurden heute um zwölf Uhr begonnen und nehmen einen sehr günstigen Verlauf. Allerdings ist nicht anzunehmen, daß der Streik heute bereits beendet wird. Selbst wenn es heute zur Einigung kommen sollte, würde die Arbeit voraussichtlich erst am Donnerstag aufgenommen werden können. Jedenfalls wurde für morgen nachmittags eine Sitzung der Vertrauensleute einberufen.

möglichst rasch „freiwillig“ abziehen möge, denn das Leben kann ihm durch eine solche Verletzung zur Hölle gestaltet werden und zahllose Eisenbahner haben im Laufe der Jahre die Pensionierung den Folgen einer solchen Verletzung schon bisher vorgezogen. Nun will Herr Stribrny dieses Wegekeln und diese Unleidlichmachung des Dienstes in ein regelrechtes System bringen. Aber dem zitierten Erlasse zufolge können Eisenbahner, die bei der Sprachprüfung für „ungeeignet“ befunden wurden, auch zeitlich beurlaubt, pensioniert und aus dem Dienste der Staatsbahnen überhaupt entlassen werden. Das heißt, jene, die nicht „freiwillig“ weichen wollen, sollen gestochen werden, auf daß der Reinigungsprozeß, den sich der Eisenbahnminister zur Aufgabe gesetzt hat, sich rascher vollzieht.

Der Minister mußte in seiner Rede selber zugeben, daß auf Seite der deutschen Eisenbahner der gute Wille bestehe, sich nach Fähigkeit und Möglichkeit die erforderlichen tschechischen Sprachkenntnisse anzueignen und er konstatierte „mit Freude“, die große Mehrheit des Personals deutscher Nationalität habe diese „staatliche Notwendigkeit“ voll begriffen, so daß 70 Prozent der Geprüften die Prüfung bestanden haben. Dagegen habe ein Teil des Personals sich durch „politische Motive“ verleiten lassen, durch Leute, welche diese Prüfungen ein „Assentheater“ nannten. Herr Stribrny hat es unterlassen, jene Leute, welche von einem „Assentheater“ gesprochen haben sollen, zu nennen, er waagt es auch nicht, zu behaupten, es wären Leute aus dem Personal gewesen, welche diese Neuherung gemacht hätten. Wer die gedrückte Stimmung kennt, die unter den deutschen Eisenbahnern und unter den deutschen Staatsangestellten überhaupt herrscht, der weiß, daß von diesen Menschen keiner solche Neuherungen wagen wird und daß bei ihnen auch wenig Geneigtheit besteht, aus lauter Vergnügen daran, bei der Prüfung durchzufallen, alle sich daraus ergebenden

Vertrauenskundgebungen der Eisenbahner für die sozialdemokratischen Abgeordneten.

Wien, 11. November. Auf der ganzen Strecke von Innsbruck bis Wien, die gestern der Zug der Nationalräte, Bundesräte und Mitglieder der Landesregierungen nach Wien brachte, durchfuhr, kam es, wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, in den Stationen zu großen Kundgebungen der Eisenbahner. Sie versammelten sich auf dem Bahnhofe und hielten Ansprachen an die sozialdemokratischen Abgeordneten, in denen sie sie ihres Vertrauens versicherten und ihrer Siegesüberfahrt Ausdruck gaben. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erwiderten die Ansprachen und hoben hervor, daß es die Sozialdemokratie als ihre selbstverständliche Pflicht erachte, die Interessen der Eisenbahner zu vertreten. Auch am Wiener Westbahnhofe waren die Eisenbahner bei der Ankunft des Zuges versammelt.

heute Beschlußfassung der Vertrauensleute.

Wien, 11. November. Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen teilt mit: In der heutigen Besprechung zwischen den Vertretern der drei Angestelltenorganisationen der österreichischen Bundesbahnen und der Generaldirektion wurde ein Vorschlag zur Behebung der schwebenden Differenzen beraten, welchen die Vertreter der Organisationen den für morgen, den 12. d., einberufenen Versammlungen ihrer Mitglieder zur Beschlußfassung unterbreiten werden.

den Folgen auf sich zu nehmen. Renitenz zu treiben. Diese Renitenz besteht nur in der Phantasie des nationalsozialistischen Herrn Stribrny. Er zeigt keine freundliche Gesinnung gegenüber dem Personal deutscher Nationalität, wenn er die Meinung verkündet, das Nichtbestehen der Sprachprüfungen sei zu einem gewissen Teil lediglich auf Bosheit und auf politische Motive zurückzuführen. Bei dem Herrn Eisenbahnminister müßte man doch eigentlich schon wegen seines hohen Amtes annehmen, er habe soziale Urteilskraft, um ermaßen zu können, daß gerade die Erlernung der tschechischen Sprache für viele Menschen, die nie eine andere als die deutsche Muttersprache beherrschten, so unübersteigbare Hindernisse bietet, daß ihnen bei aller Mühe und beim besten Willen es unmöglich ist, die ihnen gestellte Aufgabe zu erfüllen. Wie soll etwa ein im Dienste altgewordener Eisenbahner, der tagsüber harte Arbeit zu leisten hat und der vielleicht nicht einmal der deutschen Schriftsprache mächtig ist, wie soll ein solch müder, abgeraderter Mensch hinreichend geistige Spannkraft und Zungenfertigkeit aufbringen, die tschechische Sprache „vollständig“ zu erlernen. Wenn von Bosheit gesprochen werden kann, so kann dies nur die Bosheit jener sein, die nicht einsehen wollen, daß hier nicht schlechter Wille, sondern die blanke Unmöglichkeit, in einem gewissen Alter Veräuntes nachzuholen, entscheidend ist.

Dem Herrn Eisenbahnminister wurde aufgetragen, in seinem Ressort 360 Millionen zu ersparen. Es wäre hart und grausam, wenn er diese Ersparnisse auf Kosten der Existenz tausender armer Eisenbahner, ihrer Frauen und Kinder, erzielen wollte. Die Sparbarkeit im Staatshaushalte ist notwendig, doch daß sie sich mit der Brotlosmachung tausender Menschen vollziehe, die am wenigsten dazu beigetragen haben, das Staatsbudget zu belasten, wäre unmenschlich und müßte den schärfsten Widerstand wecken.

Baldwin verweigert die Ratifizierung des russischen Vertrages.

London, 11. November. (Eigenbericht.) Die konservative Regierung ist sich bereits schlüssig darüber, daß der von MacDonald mit der Sowjetregierung abgeschlossene Vertrag nicht ratifiziert wird. Sobald die Einwohnervorgänge erledigt ist, beabsichtigt Baldwin in den Rufen zu erklären, daß der vorliegende Vertrag nicht ratifiziert wird, England aber bereit sei, auf einer neuen Grundlage ein Vertragsverhältnis mit Rußland herbeizuführen.

Zusammentritt des englischen Parlamentes am 2. Dezember.

London, 11. November. Der König hielt gestern abend einen Kronrat ab, auf dem endgültig als Tag des Zusammentrittes des neuen Parlamentes der 2. Dezember und nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, der 18. November festgesetzt wurde. Eine Woche später wird die feierliche Eröffnung wahrscheinlich mit der Thronrede vollzogen werden. Morgen findet die erste Sitzung des neuen Kabinettes statt.

Ausschluß der Kommunisten aus der Labour Party.

London, 11. November. (Eigenbericht.) Das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hat beschlossen, den angeschlossenen Organisationen zu empfehlen, alle Mitglieder, die zugleich Mitglieder der kommunistischen Partei sind, auszuscheiden. Die Arbeiterpartei dürfe in ihren Reihen keine Mitglieder anderer Parteien dulden. Die Kommunisten seien deshalb auszuschließen, weil sie ihren Parteistandpunkt nicht aus den englischen Verhältnissen herleiten, sondern ihn durch Befehle aus Moskau bestimmen lassen.

Die täglichen Erfolge.

Berlin, 11. November. (Eigenbericht.) Bei den Stadtwahlverordnenwahlen in Marienburg in Westpreußen, die infolge der Eingemeindung mehrerer Vororte notwendig wurden, hat die Liste der vereinigten Deutschnationalen und Volksparteier drei Mandate verloren. Die Kommunisten, die bisher zwei Mandate hatten, haben eins verloren, dagegen hat die Sozialdemokratie einen Sitz und das Zentrum drei Sitze gewonnen.

Streik auf der Berliner Stadtbahn.

Berlin, 11. November. (Eigenbericht.) Heute früh sind die Angestellten der Berliner Hoch- und Untergrundbahn in den Streik getreten. Dieser Streik hat im Verkehrsleben Berlins die größte Verwirrung angerichtet. Die übrigen Verkehrsmittel sind nicht im entferntesten Maße, den regen Verkehr allein zu bewältigen. Dabei ist ein Ende des Streikes nicht abzusehen, da die Verwaltung der Bahn die maßigen Forderungen der Angestellten ablehnt und keine weiteren Verhandlungen führen will.

Ein Lohnkompromiß der deutschen Eisenbahner.

Eine neunprozentige Lohnerhöhung.

Berlin, 11. November. (Eigenbericht.) Die Lohnverhandlungen der Eisenbahner haben zu einem gewissen Abschluß geführt. Das Ergebnis bringt zwar keine restlose Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften, es verschafft aber eine gewisse Entspannung. Von den Gewerkschaften ist eine allgemeine Lohnerhöhung von neun Prozent durchgesetzt worden, die am 1. Dezember in Kraft treten soll. In einer Reihe von Orten soll eine Revision der Ortszulagen erfolgen. Die Lohnzahlung wird wieder wöchentlich vorgenommen werden. Die unmittelbare Folge der Lohnverhandlungen der Eisenbahner wird sein, daß nun auch die Verhandlungen zur Regelung der Gehälter der Eisenbahnbeamten in aller nächster Zeit wieder aufgenommen werden dürften.

Die Unruhen in Spanien.

Madrid, 11. November. (Sabas.) Ungefähr 40 Personen wurden verhaftet, darunter der ehemalige radikale republikanische Abgeordnete Domingo.

Die Nachfolger.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

Nunmehr hat England seine konservative Minderheitsregierung. Sie verfügt allerdings über die Zweidrittelmehrheit im Parlament; aber im Lande, in der Wählerschaft sind die Konservativen mit ihren 7,9 Millionen Stimmen gegen die 5,5 Millionen der Arbeiter und die 2,9 Millionen der Liberalen eine klare Minderheit. Wie dem immer sei: sie haben sie angetreten. Das Abnicken Baldwin von 1924 ist gebildet und es untersehe, der sich nicht ausschließt von dem Kabinett Baldwin, das 1923 durch das historische Zwischenspiel der Arbeiterregierung abgelöst wurde. Baldwin selbst ist eine durchaus anständige und durchaus mitte-mäßige Persönlichkeit. Man erinnert sich, daß, als er sich mit den Problemen der europäischen Welt befremdete, die ihm Macdonald selber so sehr erleichtert hat, seine Führerschaft in seiner eigenen Partei durchaus nicht unbestritten war. Jetzt hat bei der Wahl-ausgang eine Glorie des Sieges aufgeföhrt ihn zum großen Mann auf Kredit gemacht; er wird zu tun haben, seinem Ruf nicht schuldig zu bleiben.

Was wird nun die konservative Regierung tun? Was kann sie tun? Wir haben schon darauf hingewiesen, daß der Rücktritt der englischen Arbeiterregierung, der in der ganzen Welt als eine Schwächung der fortschrittlichen, der friedlichen und der demokratischen Kräfte empfunden wird, diese Wirkung vielleicht am allerwenigsten in England selbst haben wird. Und wenn er eine Rückwirkung auf Englands Angelegenheiten hat, so betrifft auch sie vor allem die auswärtige Politik.

Hier ist allerdings Anlaß zu einigen Bemerkungen. Die Beziehungen zu Rußland, über die die Arbeiterregierung gestürzt ist, die den ungeringsten und sind jeden Augenblick leicht wieder in Frage gestellt. Es ist freilich möglich, daß die Konservativen nunmehr, da der Volkswirtschafts-schreck seine Wirkung getan hat, irgend einem Abkommen mit Rußland gar nicht so abgeneigt wären. Es wäre ein ironischer Witz der Weltgeschichte, wenn die Volkswirtschaft zum Sturz der Regierung der englischen Arbeiter beigetragen haben sollten, um dann den Frieden aus den Händen der englischen Tories zu empfangen. Immerhin könnte man sich freuen, wenn die Annäherung zwischen den beiden Völkern, für die die Arbeiterregierung nötig eingetreten ist, als eines der wichtigsten Vermächtnisse ihrer Versöhnungspolitik nach ihrem Abgang weiterwirken sollte.

Nach wichtiger und gefährlicher als die Regelung des Verhältnisses zu Rußland ist die des in äußerster Schwere geliebten Verhältnisses zu Indien. Die Beziehungen Englands zu Indien sind kein Abgang der Arbeiterregierung um nichts besser, als sie bei ihrem Antritt waren; sie sind vielleicht sogar im Gegenteil um ein paar enttäuschende Erwartungen schlechter. Der Machtantritt einer konservativen Regierung muß die Spannung noch bedeutend verschärfen. Die indische Unabhängigkeitsbewegung ist durch die Erfahrung, daß auch die Arbeiterregierung ihr nicht helfen konnte, in ihrem Selbständigkeitsbestreben nur bestärkt worden. Auf der anderen Seite bringen die Konservativen den festen Willen mit, dessen Rebellien einmal die „starke Hand“ zu zeigen und auf Biegen oder Brechen in Indien Ordnung zu machen. Manchem eben wird es ohnedies in der letzten Zeit ein bißchen zu wenig Blut vergossen worden; und der englische Imperialismus hat niemals Blut gescheut wenn es um seine heiligsten Güter, um Bergwerke und Textilfabriken, um die Ausbeutung der Rußis und die Absatzmärkte des britischen Kapitals ging. Es wäre kein Wunder, wenn die Arbeiterregierung in In-

Schreckliche Raube.

Von Nikolaj Wassiljewitsch Wegol.

Aus dem Russischen überleitet von Bruno Böb.

Einst zog König Stephan gegen die Türken ins Feld. Drei Wochen schon kämpfte er gegen sie, konnte sie aber nicht vertreiben. Denn die Türken hatten einen Pascha, der allein mit zehn Janitscharen ein ganzes Regiment aufs Haupt zu schlagen verstand. Da sich König Stephan verkündete, daß er dem wagemutigen Soldaten, der ihm den Pascha tot oder lebend brächte, sowohl Lohn auszahlen würde, wie sonst das ganze Heer erhielt. „Los, Bruder, fangen wir den Pascha!“ sagte Iwan zu Pietro. Und die Kosaken ritten davon, der eine auf die eine, der andere auf die andere Seite.

Ob Pietro ihn auch gefangen hätte oder nicht, aber schon führte Iwan den Pascha mit einem Strid um den Hals zum Könige. „Das ist mir ein braver Kerl!“ sagte König Stephan und befahl, ihm eine Löhnung auszusuchen, wie sie sonst das ganze Heer erhielt, außerdem ließ er ihm Land zuteilen, wo es ihm beliebt, und so viel Vieh zuzuteilen, als er nur haben wollte. Kaum hatte Iwan die Löhnung vom Könige erhalten, als er auch schon alles mit Pietro teilte. Pietro erhielt die Hälfte der Löhnung konnte es aber nicht verwenden, daß Iwan vom Könige so viel Ehre erwiesen worden war, und sann auf Rache.

Beide Ritter zogen über die Karpathen in das vom Könige geschenkte Land. Iwan hatte seinen Sohn hinter sich auf das Pferd gesetzt und

Wie in der Tschechoslowakei mit Staatsgeldern gewirtschaftet wird.

Die Schlampererei beim Zusammenstellen des Staatsvoranschlages. — Willkürlichkeiten und kontrolllose Wirtschaft.

Man ist von den bisherigen Staatsvoranschlägen der tschechoslowakischen Republik mancher gewöhnt, aber die Oberflächlichkeit und Schläuderhaftigkeit, mit der der Budget für 1925 ausgearbeitet ist, übersteigt alle Grenzen. Ein Vorhaben wie das der Regierung und der Mehrheit bei der Abfassung des Staatsvoranschlages für das heutige Jahr ist ohne Beispiel in der Finanzgeschichte der europäischen Staaten.

Die Koalition hatte nämlich beschlossen, daß die Ausgaben für 1925 geringer sein müssen als die von 1924. Das ist auch erreicht worden. Während sich die Ausgaben im vorjährigen Budget auf 17.993 Millionen Kronen belaufen, betragen die für 1925 eingestellten Ausgaben 16.246 Millionen Kronen. Nun legen die einzelnen Minister ihre Voranschläge vor und diese Voranschläge ergaben, zusammengerechnet, eine höhere Summe als nach der Meinung der Koalition zulässig war. Was tat man da? Man machte es sich sehr einfach. Man hielte sich damit nicht auf, die einzelnen Budgetkapitel durchzurechnen und überall Abstriche zu machen, sondern machte die Abstriche summarisch für jedes Ministerium. So strich man an den Ausgaben des Ministeriums des Auswärtigen etwa zwei Millionen, beim Ministerium des Inneren neun Millionen, bei der Schule ebenfalls neun und beim Ministerium für Nationalverteidigung in dessen Ausgabenetat man — wie wir noch sehen werden — das Geld wieder auf andere Weise eingeschummelt, 27 Millionen. Bei welchen Ausgaben der genannten Ministerien diese Abstriche gemacht werden sollten, das wußte der liebe Gott und die Koalitionsmacher. Es kann niemand prüfen, wo etwas erspart wird, die tatsächlichen präliminierten Ausgaben für die ein-

zelnen Budgetkapitel bleiben den Abgeordneten einfach ein Buch mit sieben Siegeln. Ein solches Budget ist wohl in ganz Europa einzig in seiner Art. Wir haben die Voranschläge des alten Oesterreichs in den letzten 24 Jahren geprüft und gefunden, daß etwas Ähnliches in Oesterreich niemals gemacht worden ist, daß eine solche kontrolllose Wirtschaft, wie sie in der Tschechoslowakischen Republik geübt wird, im alten Oesterreich niemals bestanden hat. Die berühmte oesterreichische Schlampererei ist hier übertrifft.

Wird es recht sich dieser Art zu bedienen das an, was der Artikel 3 des Finanzgesetzes bestimmt. Dieser macht im Rahmen eines Budgetkapitels das sogenannte Virement möglich, das heißt, die Ersparnisse, die bei irgend einer Post eines Kapitels erzielt werden, können ohne Zustimmung der Nationalversammlung dazu verwendet werden, andere Ausgaben desselben Budgetkapitels zu decken. Welcher Gebrauch von dieser Bestimmung des Artikels 3 gemacht wird, lehrt ein Blick in den Rechnungsausweis für 1921. Nicht weniger als 236 Millionen Kronen des Budgets für 1921 wurden für andere als im Voranschlage angeführte Zwecke ausgegeben, mit anderen Worten, zwölf Prozent der Gesamtausgaben werden entgegen den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften anderweitig verwendet. Auch im Investitionsbudget des genannten Jahres wurden 93 Millionen Kronen anderen Zwecken zugeführt, als veranschlagt war.

Die Koalition ist besonders stolz darauf, daß die Ausgaben für 1925 geringer sind als 1924. Wir werden ein nächstesmal zeigen, wo bei uns gespart und wo das Geld mit vollen Händen hin-

widrigstrebende Hand seiner Nachfolger lenken, die Arbeiterregierung den bösen Willen ihren Erben binden, weil sie Englands Politik auf eine Vintage gebracht hat, die zu verfallen zurecht verderben kehrt?

Die Konservativen haben im Wahlkampf dem Lande eine stabile Regierung versprochen. Sie haben ihren Wahlsieg in der Abwehr einer außenpolitischen Parole erfochten, für die der englische Wähler noch weniger als ein anderer zugänglich ist, ja gerade dadurch, daß sie auf diese Parole mit dem Schlagwort „Britain first“ (zuerst kommt England), mit dem Ruf nach der Rückkehr zur heimischen „Butterbrot-Politik“ entgegenstellten. Dieser Appell an die Alltagsinstinkte des englischen Spießbürgers, dessen Welt-politik in dem Bewußtsein beschlossen ist, daß man mit einem englischen Fuß überall in der Welt herumkommen kann weil überall die britische Flagge und noch mehr das britische Pfund respektiert wird, der vom Weltfrieden nicht mehr braucht als für's Geschäft gut ist und der überhaupt weniger vom Frieden der anderen hören als vor allem selber seine Ruhe haben will — dieser Appell an die instinktuellen Instinkte ist gewiß durch und durch reaktionär. Aber gerade darauf gründet sich die Annahme, daß die konservative Regierung in der Außenpolitik jedes Aufsehen vermeiden, ja sich von der auswärtigen mehr auf die inneren Angelegenheiten zurückziehen wird. Sie wird versuchen,

widrigstrebende Hand seiner Nachfolger lenken, die Arbeiterregierung den bösen Willen ihren Erben binden, weil sie Englands Politik auf eine Vintage gebracht hat, die zu verfallen zurecht verderben kehrt?

Die Konservativen haben im Wahlkampf dem Lande eine stabile Regierung versprochen. Sie haben ihren Wahlsieg in der Abwehr einer außenpolitischen Parole erfochten, für die der englische Wähler noch weniger als ein anderer zugänglich ist, ja gerade dadurch, daß sie auf diese Parole mit dem Schlagwort „Britain first“ (zuerst kommt England), mit dem Ruf nach der Rückkehr zur heimischen „Butterbrot-Politik“ entgegenstellten. Dieser Appell an die Alltagsinstinkte des englischen Spießbürgers, dessen Welt-politik in dem Bewußtsein beschlossen ist, daß man mit einem englischen Fuß überall in der Welt herumkommen kann weil überall die britische Flagge und noch mehr das britische Pfund respektiert wird, der vom Weltfrieden nicht mehr braucht als für's Geschäft gut ist und der überhaupt weniger vom Frieden der anderen hören als vor allem selber seine Ruhe haben will — dieser Appell an die instinktuellen Instinkte ist gewiß durch und durch reaktionär. Aber gerade darauf gründet sich die Annahme, daß die konservative Regierung in der Außenpolitik jedes Aufsehen vermeiden, ja sich von der auswärtigen mehr auf die inneren Angelegenheiten zurückziehen wird. Sie wird versuchen,

so viel als möglich zur alten traditionellen trügerischen Politik der Fiktion und des europäischen Gleichgewichts zurückzuführen; fernhalten von den europäischen Angelegenheiten. Einmischung nur soweit als sie notwendig ist, um das Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Wieder einmal wird Ruhe die erste Regierungsweisheit der englischen Reaktion.

Das gilt noch mehr von der inneren Politik. Noch weniger ist hier eine Reaktion im Sinne einer konterrevolutionären Herausforderung oder gar Unterdrückung der Arbeiterklasse zu erwarten. Zwar haben die Konservativen die parlamentarische Möglichkeit, eines ihrer alten, abgerittenen Stückenpferde — etwa den Gesetzentwurf gegen die politische Betätigung der Gewerkschaften — wieder hervorzuholen; aber sie werden es schwerlich im Ernst tun. Die Arbeiterpartei hat sieben unter ungünstigen Verhältnissen eine Million Stimmen gewonnen. Sie ist von dem gefährlichen Experiment der Minderheitsregierung in ihre natürliche Stellung zurückgekehrt und ist als Opposition stärker als sie in der Regierung war. Es gibt in England keine gefährliche Reaktion, weil es keine gefährliche Arbeiterklasse gibt.

Aber es sieht auch nur so aus, als ob jetzt eine lange Periode ruhigen Regierens in konservativer Beschaffenheit anbrechen würde. Zwar gibt es kein parlamentarisches Mittel, die Konservativen aus dem glücklichen Besitz ihrer Zweidrittelmehrheit vor dem Ablauf der Wahlperiode — fünf Jahre — zu vertreiben; die konservativere Regierung kann nicht parlamentarisch gestürzt werden, sie braucht nur zurückzutreten, wenn sie selber will. Aber im Lande des ältesten Parlamentarismus hat man ein solches Gefühl für außerparlamentarische Macht- und Stimmungsverhältnisse und fünf Jahre sind für unsere kurzlebige Zeit viel zu lang. Schon einmal im Lauf der letzten fünf Jahre hat ein englischer konservativer Premierminister — Bonar Law —, der sein Amt mit dem Ruf nach „Ruhe“ antrat, es binnen einem halben Jahre wieder verlassen. Es wäre nur klug, wenn die Nachfolger der Arbeiterregierung gleich bei ihrem Amtsantritt daran dächten, daß ihre eigenen Nachfolger schon bereitstehen.

Inland.

Albumblatt für Smeral.

Herr Neurath, der auf dem Prager Parteitag der KPC, so viel sprach, daß der „Vorwärts“ erst jetzt mit dem Abdruck seiner Reden fertig wird, schäuferte den bisher unbestrittenen Führer seiner Partei, Bohumil Smeral, folgenden demagen:

„Er geht jetzt den Weg, den die Arbeiterklasse gegangen ist, aber nicht als Führer an der Spitze, sondern als Genosse, der hinten nachhinkt, dorthin, wo die Arbeiterklasse ihn führt.“

Das hinderte die Partei des Herrn Neurath nicht, den Genossen Smeral, der hinten nachläuft, wiederum in den Vollzugsausschuß, also in die oberste Parteileitung aufzunehmen.

Smeral wurde aber auf diesem Kongress nicht nur als Nachläufer, sondern geradezu als Betrüger hingestellt: als Neurath die Verhandlungsmäßigkeiten und Schamtheit Smerals charakterisierte, ereignete sich folgender, vom „Vorwärts“ registrierter Zwischenruf:

„Dann ist er ein Betrüger und gehört nicht in die Partei.“

Wie sich die Empörten und Betrogenen jetzt ihr Leben mit dem „Betrüger“ in der gemeinsam geleiteten Partei und in dem gemeinsam zusammengestellten Parteivorstand vertragen wer-

ihn fest an sich gebunden. Schon dämmerte es — und noch immer ritten sie weiter. Der Anabe schlief ein, und auch Iwan selbst sank in Schlummer. Schlaf nicht, Kosak, die Bergwege sind voller Gefahren! ... Doch der Kosak hatte ein Pferd, das überall selber den Weg zu finden wußte: nie stolperte es oder wich vom Wege ab. In den Bergen befindet sich ein Abgrund, dessen Tiefe noch niemals jemand geschaut hat: so hoch der Himmel über die Erde schwebt, so tief ist es bis zum Boden des Abgrunds. Ein Weg führt oben an seinem Rande entlang, der so smal ist, daß zwei Menschen noch gerade nebeneinander reiten können, aber drei schon nicht mehr. Das Pferd mit dem schlummernden Kosaken machte vorsichtig Schritt um Schritt. Pietro ritt nebenher, zitterte am ganzen Leibe und hielt vor Freude den Atem an. Er blickte sich noch einmal um und stieß dann seinen Blutsfreund in den Abgrund; das Pferd stürzte mit dem Kosaken und seinem Anaben in die Tiefe.

Doch gelang es dem Kosaken, im Sturz einen Ast zu erhalten, nur das Pferd stürzte in die Tiefe. Seinen Sohn auf den Schultern, kletterte er nach oben. Fast war er schon angelangt, da erhob er seine Augen und sah, wie Pietro seine Pike suchte, um ihn wieder zurückzuführen. „Gerechter Gott!“ schrie Iwan, „hätte ich doch lieber nicht die Augen geöffnet, als zu sehen, wie mein Blutsfreund mich mit der Pike zurückstoßen will! ... Geliebter Bruder! Wenn du mich töten willst, so wird das wohl meine Bestimmung sein. Aber nimm meinen Sohn zu dir! Was hat der unschuldige Anabe getan, um eines so grausamen Todes zu sterben?“ Doch Pietro lachte auf, stieß mit der Pike zu, und der Kosak stürzte mit seinem Sohn ins Bodenlose. Pietro nahm alles das und Gut an sich und lebte wie ein Pascha. Nirgends gab es solche Viehherden, wie bei ihm, niemand hatte

so viel Schafe und Hammel. Doch eines Tages starb Pietro.

Als Pietro gestorben war, rief Gott die Seelen beider Freunde vor Gericht. „Dieser Mensch ist ein großer Sünder!“ sagte Gott. „Iwan, ich weiß keine Strafe zu finden, die hart genug für ihn wäre. Wähle du eine aus!“ Lange dachte Iwan über die Strafe nach und sagte dann endlich: „Dieser Mensch hat mir grimmiges Leid zugefügt. Wie ein Judas hat er meinen Blutsfreund verraten und mich meines edlen Geschlechts und meiner Nachkommenschaft auf Erden beraubt. Ein Mensch ohne edles Geschlecht und ohne Nachkommenschaft ist aber gleichwie ein Getreidekorn, das man in die Erde gesät hat, und das dort verdorrt. Es keimt nicht auf — und niemand erfährt, daß es einmal ausgesät wurde.“

„Mache also, o Gott, daß seine ganze Nachkommenschaft kein Glück auf Erden habe und daß der Letzte seines Geschlechts sich ein Vbweicht sei, wie die Welt ihn bisher noch nicht gesehen hat. Mache es so, daß seine Ahnen und Urahnen ob seiner Verbstäten keine Ruhe in ihren Gräbern finden und sich unter unaussprechlichen Qualen aus ihren Säbern erheben mögen! Der Judas Pietro aber soll nicht die Kraft haben sich zu erheben, und seine Qualen sollen deshalb noch viel bitterer sein! Wie ein Rasender soll er Erde freessen und sich unter der Erde winden!“

„Und wenn dann das Maß der Verbstäten jenes Letzten seines Geschlechts voll geworden ist, so erhebe mich, Gott, aus jenem Abgrund mit meinem Pferde: auf den höchsten Berg. Dann soll der Freveler zu mir kommen, und ich will ihn von jener Höhe in den tiefsten Abgrund schleu-

den. Und alle seine toten Ahnen und Urahnen, wo sie auch gelobt haben mögen, sollen von allen Enden der Erde herbeikommen und ihn ob der Qualen, die er ihnen bereitet vermögen. Ewig sollen sie so an ihn nageln, daß sich beim Anblick seiner Qualen mein Herz erfreue! Der Judas Pietro aber erlös sich nicht aus der Erde erheben können, auch er soll nageln wollen, doch mag er an sich selber nageln! Und keine Knochen sollen immer größer werden, damit sein Schmerz immer größer werde. Das wird die härteste Strafe für ihn sein: denn es gibt keine größere Qual für einen Menschen, als sich wochen zu wollen und sich nicht rächen zu können!“

„Fürchtbar ist die Strafe, die du dir ausgedacht hast, o Mensch!“ sagte Gott. „Mag alles so geschehen wie du gesagt hast! Aber auch du sollst ewig dort auf deinem Pferde sitzen und nicht ins Himmelreich eingehn, solange du dort auf deinem Pferde sitzt!“

Und so geschah es. Bis auf den heutigen Tag sieht der wunderfame Ritter hoch in den Karpathen auf seinem Pferde und schaut zu, wie die Leichen im bodenlosen Abgrund eine Leiche zernagen, und fühlt, wie der Scham unter der Erde wächst, in fürchtbarer Qual an seinen eigenen Knochen nagt und schrecklich die Erde erschüttert ...

Schon hatte der Blinde sein Lied beendet; schon begann er von neuem die Saiten zu schlagen; schon sang er die lustigen Mären von Thoma und Terzoma und von Stiffler Stofsa ... Aber Alte und Junge standen noch lange wie traumverloren mit geknickten Köpfen da und sangen über die fürchtbar: Tat aus alten Zeiten nach.

(Ende.)

den, ist nicht unsere Sache. Aber daß in dem Verhältnis 14 : 18 sowohl für den Genossen und Betrüger... Smeral, der hinten nachläßt, als auch für den Genossen Neurath... jetzt immer vorläuft und kein Betrüger ist... diese Achtung des einen vor dem andern wird den arbeitenden Arbeitern doch allerhand zu denken geben.

Worüber sie sich trennen!

Der Reichsberger „Vorwärts“ zu den Ostrauer Wahlen.

Der Ausgang der Wahlen in Ostra... Ostra u. Bodenau nicht nur einen schweren Schlag für unsere Partei, sondern eine Schwächung der proletarischen Parteien überhaupt... Die Kommunisten hatten in Ostra eine ihrer stärksten Burgen und glaubten, bei den Wahlen das Parteienverhältnis umkehren zu können... Der „Vorwärts“ aber jubelt über den großen „Erfolg“, der darin besteht, daß die Sozialdemokraten von den Deutschbürgerlichen 3000 Stimmen verloren haben... Die ganze Arbeiterbewegung kann zum Teufel gehen, wenn nur die Sozialdemokraten verlieren... In fettem Druß hebt der „Vorwärts“ die „Bemerkung“ unserer Partei hervor und krönt so das Spektakelwerk seiner Partei, das den Mißerfolg letzten Grades verschuldet hat, mit dem Götterbesitz seiner Siegesfreude über die geschlagenen Arbeiterpartei.

Die mutigen Grausbrüder.

Tage, daß das Rathaus der Stadt Leipzig am 28. Oktober nicht besetzt worden ist, haben die Vertreter der tschechischen Minderheit... die Herren sind sehr gut bejaht — ein neuer Protest eingehend... die Leipziger Stadtvertretung verhandelt werden sollte... Nun sollte jeder meinen, daß die deutschnationalen Ritter fromme Furcht und Tadel, die feinerste Feuer und Flamme für die Tadelbefragung waren, einig wie ein Mann und zum äußersten entschlossen, gegen den Protest aufzutreten... Alle jene „Deutschgewüsten“ Männer, die bei der Gemeindevahl auf das Programm der Deutschnationalen, der Sakentkruzler oder christlichsozialen Partei gewinkt worden waren, die sonst nur mit Geringschätzung von den internationalen „Marxisten“ reden, die überhaupt das Deutschtum gepachtet haben, sie alle zogen es — soweit sie Staatsangestellte sind — vor, der Sitzung hübsch fern zu bleiben, nur um ja nicht gegen den Protest der tschechischen Minderheit stimmen oder sprechen zu müssen... Nach mehr: auch die in Staatsdiensten stehenden Erfahrungsmänner liehen sich einschließen und so wurden die nächsten Erfahrungsmänner herangezogen... die Sitzung überhaupt beschlußfähig zu machen... Den deutschnationalen Reden war vor ihrem eigenen Mut bange geworden und das Herz fiel ihnen einfach in die Hosentaschen.

In dieser Sitzung wurde übrigens ein Antrag des deutschnationalen Stadtverordneten M. O. H. den tschechischen Protest abzuweisen, mit 18 Stimmen angenommen.

Die ganze unheimliche Mahnaffäre und dieser Beschluß ist natürlich den tschechischen Chauvinisten Wasser auf die Mühle und wieder einmal kann man sehen, wie sich Deutschnationalen und Tschechischnationalen in die Hände arbeiten... Die Tschechen verlangen die Auflösung der Gemeindevertretung und Einschaltung einer Verwaltungskommission, außerdem die Verstaatlichung der Polizei... Wenn es dazu kommen sollte — und bei dem demagogischen Stöckchen ist dies nicht ganz ausgeschlossen — dann sind die tschechischen Helden bedanken... Wir sind der Meinung, daß es kein deutsches Charakter der Stadt Leipzig abzu sein Abbruch getan hätte, wenn unter dem Zwange der Verhältnisse und unter dem Machtdiktat der Behörden an diesem einen Tag die Staatsflagge gehißt worden wäre, vielmehr dürfte durch ein kindliches und eigenmächtiges Beharren auf einer so nichtsagenden Keuflichkeit die Autonomie der Stadt nicht gefährdet werden... In ähnlicher Weise ist natürlich auch die aus dieser Affäre entstehende chauvinistische Hetze der tschechischen Heißsporne zu werten... Die offenbar der Meinung sind, das Wohl und Wehe des Staates und seiner Bevölkerung hänge von der Staatsflagge ab... Die Leidtragenden bei diesen Wenden sind die Arbeiter... Das sind eben die Lehren des Nationalismus.

Die Gerichte über einen oppositionellen Block.

Zwei Prager Blätter brachten die Meldung, daß im Parlament ein oppositioneller Block in Bildung begriffen sei... die beiden des agrarischen Abgeordneten M. A. H. ab... Diezu teilt uns nun der Bund der Landwirte mit: „Aus Bittermeldungen über die Rede die Abgeordnete Mayer am vergangenen Sonntag in Saaz gehalten hat, ist zu entnehmen, daß jene Stellen, die sich mit der künftigen Gestaltung und der Stellung der oppositionellen Parteien im Parlament befaßt haben, infolgedessen von der Berichterstattung in ihrer Verantwortung aufgefaßt wurden, als Abgeordnete Mayer

keineswegs von vollendeten Tatsachen des Zusammenstießes der oppositionellen Parteien, der ja tatsächlich nicht besteht, gesprochen hat, sondern er hat dabei, wie schon des öfteren, vor allem seinem Herzenswunsche Ausdruck gegeben hat, daß dieser Augenblick bald eintreten möge.“

Sodurch erübrigen sich alle an diese Meldung in der Presse geknüpften Kommentare, insbesondere auch die Hirngespinnste des gestrigen Abendblattes des kommunistischen „Rude Pravo“.

Saken — Vorsitzender der APO.

Wie wir erfahren, wurde in der gestrigen Sitzung des Parteivorstandes der kommunistischen Partei der Abg. Saken zum Vorsitzenden gewählt. Saken gehört dem linken Flügel der Partei an.

Die Mängel unserer Rechtsprechung.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 11. November. Inm Einkleufe der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses befand sich neben anderen kleinen Geschichtsvorlagen auch die Vorlage über die Einmündigkeitsgrenze, die den Anspruch auf Bezüge der Kriegsgeschädigten ausschließt... Durch dieses Gesetz wird wiederum diese Einmündigkeitsgrenze bei selbständig erworbenen Kriegsgeschädigten mit 1000 Kronen festgesetzt... Diese Grenze wird um 10 Prozent für jede mit dem Kriegsgeschädigten in gemeinsamen Haushalt lebende Person erhöht, höchstens aber um 4000 Kronen jährlich.

Präsident Tomasek eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für die verstorbenen Abgeordneten Bobol und Rüttel... Die Blätter dieser beiden Abgeordneten sind mit Trauerkränzen und in schwarzen Flor gehüllten Blumen geschmückt.

Nach dem Gedächtnis der neuen Abgeordneten, darunter auch des Genossen Rudolf Schiller, der für den verstorbenen Genossen Cermak das Abgeordnetenmandat ausübt, geht das Haus in die Behandlung zweier Gesetze ein, die den Zweck verfolgen, dem herrschenden Richtermangel abzuhelfen.

Durch die erste Vorlage wird das Gesetz über die Verkürzung der Vorberichtszeit in Richterdienste verlängert... Die Regierung wird durch dieses Gesetz ermächtigt, die Vorbereitungszeit, die für die Richterkandidaten vorgezeichnet ist, um zwei Jahre zu verkürzen... Die zweite Vorlage ermächtigt die Regierung Richter auch gegen ihren eigenen Willen zu versetzen.

Nach den Berichterstatter Matoušek und Medvecký wurde eine Debatte abgehalten, die ausschließlich von deutscher Seite bestritten wurde... Der Nationalsozialist Jung sagt, daß durch die beiden Vorlagen die Rechtspflege vollends zur Ernte des Schlimmen herabgewürdigt wird... Der tschechische Sozialist Böhre wollte seinem Bruder Dolanský nicht wehe tun und erklärte, daß sich wohl in Justizangelegenheiten oft fremde Einflüsse mischen, daß sich aber trotzdem seine Ausführungen in gar keiner Weise gegen die Leitung des Justizministeriums wenden... Der Deutschdemokrat Dr. Rafka bezeichnete die Gesetze als verfassungswidrig, im Widerspruch nicht nur mit dem Ideen, sondern auch mit dem Wortlaut der Verfassungsurkunde... Auch der Deutschnational Dr. Radda sprach sich gegen die Gesetze aus.

Aufhebung der Unabhängigkeit der Richter.

Genosse Dr. Haas führte u. a. aus: Es ist bei uns zur Gewohnheit geworden, mit einer gewissen Verbe auch die besten Dinge auf einem Umwege umzubringen... Sie haben (zur Koalition verwendet) die besondere Art, daß Sie die Opposition und auch sonstige aus ihren Reihen hervorgehende Einwendungen gegen diese Praktiken immer damit zu beruhigen versuchen, daß sie sagen, die Gesetze sind beschützt und wenn die Frist abgelaufen ist — das ist noch die nachrevolutionäre Zeit dies: Frist — wird es schon so werden, wie wir es gedacht haben und wie wir versprochen haben, wie es sein soll.

Bei diesem besonderen Gesetze über die — wir können es ruhig sagen — Aufhebung der Unabhängigkeit der Richter — hat man im Jahre 1921, zum letzten Mal vor diesem neuen Entwurfe, die Unabhängigkeit des Richterstandes bestritten... es soll sich diese Aufhebung nur auf die Verlesung im Gerichtsprang der Slowakei beziehen... Heute, sagt schon der Motivenbericht in der Beziehung nicht daß das den Herren von der Majorität nicht genügt, und sie mühten nunmehr auf den ganzen Staat auszuweichen was sie auf die Gerichtsprang in der Slowakei beschränkt haben... Darnach hat die Regierung, das Justizministerium hoch und teuer beschworen, daß das das letztmal ist, man werde schon mit der Reorganisation fertig sein, es werde alles erledigt sein wir können ganz beruhigt sein... Selbst mir persönlich hat ein hoher Funktionär des Justizministeriums gesagt, ich brauche mich nicht darüber aufzuregen, daß man auf diese Weise die Unabhängigkeit des Richterstandes gefährde, man brauche eine gewisse Zeit und dieser Zeit werde die ganze Umgruppierung in der Slowakei und Karpatenrußland vollzogen werden... Nun ver spricht uns das Justizministerium — ich muß das speziell erwähnen, das Justizministerium ist dafür verantwortlich — es werde mit der Reorganisation in 1 1/2 Jahren bis Ende April 1926 völlig fertig sein... Wenn mich jemand zweimal angeschmiert hat, dann glaube ich ihm das dritte Mal ganz bestimmt nicht... Ich bin überzeugt, daß es sich den Herren nicht um eine Reorganisation, um eine Verbesserung der Rechtspflege handelt, sondern es handelt sich ihnen darum, freie Hand zur Vereinfachung der Rechtspflege zu haben... Aber nicht direkt, das unterstreiche ich... Sie werden es so geschickt machen, daß sie es nicht direkt machen... Ich kann aus der Praxis den Beweis liefern, daß diese indirekte Vereinfachung gefährlicher ist, viel gefährlicher, weil

man sie nicht beweisen, weil man sie nicht erwünschen kann.

Daß die Aufhebung der Unverletzbarkeit der Richter eine Ausbäum der Unantastbarkeit des Parteivorstandes ist, dafür liefert der Notwendigkeit einen schlagenden Beweis mit einem kurzen Sage... Er sagt, ins Deutsche übersetzt: Bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen, insbesondere den Wohnungsverhältnissen, kann nicht erwartet werden, daß der überzahlige Richter sich freiwillig um eine neu systematisierte Stelle bei Gerichten an einem anderen Orte bewerben wird... Warum wird er sich nicht bewerben? Weil er einfach bei der Ueberweisung finanziell ruiniert wird, zumal man ihm bei der Verwendung die Ueberbringungskosten nicht bezahlt und für seine Unterbringung an anderen Orte in keiner Weise gesorgt ist... Wenn über dem Richter das Damoklesschwert der Verletzung schwebt, wenn er seinen Hausstand aufgeben, wenn er anderswohin übersiedeln muß, wenn er weiß, daß, wenn es der Justizverwaltung beliebt, ihn noch mehr finanziell zu peinigen als er schon durch die eintenden Gehälter ruiniert ist, muß er genügt sein, wenn er nicht ein Edelmann erster Gattung ist, den jetzigen Richtern aber nach dem Munde zu jurizieren... Ich muß mit ganz besonderem Bedauern feststellen, daß sich unter den deutschen Richtern schon Personen finden, die aus Angst davor, daß sie deshalb, weil sie Deutsche sind, oder einmal als Deutsche hervorgetreten sind, vor der Rache der Justizverwaltung heute derart judizieren, daß man angesichts solcher Richter sagen muß: es soll jeder deutsche Mann davor behütet werden, vor diese deutschen Richter zu kommen... Ich unterstreiche besonders die Vorfälle in Tropa u. a. Dort gibt es einen Richter, der sich darin etwas zugute tut, mit besonderer Behemung und Schärfe das Gesetz zum Schutze der Republik gegen den Herrn keinen Vorwurf daraus, angesichts der besonderen Verhältnisse, unter denen wir leben... Derartige Gesetze sind es, die die Unabhängigkeit der Richter untergraben, die den Richter zum Diener der Verwaltung, der Politik einer bestimmten Partei machen... Derselbe Richter, an den ich denke und von dem ich spreche hat in einem anderen Prozesse, — wo es sich nicht um Politik handelte — den ein Eisenbahner gegen ein Organ, das sich an die Stelle des deutschen Eisenbahners gedrängt hat, führte, den Eisenbahner der ein Deutscher war, wenigstens zehnmal immer wieder tschechisch angesprochen, bis der arme Teufel gesagt hat: Ich kann nicht tschechisch antworten... Da hat der Richter gesagt: Sie sind mir ein ganz komischer tschechoslowakischer Staatsbediensteter, da Sie auch immer nicht die tschechische Sprache erlernen haben... Das hat derselbe Richter gemacht, der ebenso vehement das Gesetz zum Schutze der Republik anwendet... Derselbe Richter hat diesen Eisenbahner auch auf einem Umwege, der seinesgleichen sucht — ein Salmontortale der Justiz — obwohl der Staatsanwalt während der Beratung erklärt hat, den Mann kann man nicht verurteilen, wegen des Verbrechens der Veruntreuung, die er nicht begangen hat, verurteilt... Es ist das ein schreiender Fall... Es wurde die Sache später gutgemacht, im Wege der Begnadigung wurde die Strafe erlassen, aber den Posten hat der Mann verloren!

Prof. Dr. Rafka hat sich nun mit dem Obersten Gerichtshof beschäftigt und ganz besonderen Wert darauf gelegt, daß dieser als letzte Instanz besonders gut ausgestattet sein muß... Ich möchte nur noch ergänzend sagen, daß wir auch vielfach bei den Gerichtshöfen zweiter Instanz, welche die letzte Instanz ist und die die Armen betreffen, besonders darauf bedacht sein müssen, daß wir dort nicht nur geistig, sondern auch moralisch tüchtige Menschen sitzen haben... Ich erwähne das nur deshalb um an einem kleinen Beispiel zu zeigen, daß es gleichgültig ist, wo der Richter sitzt... Ob am höchsten Tribunal oder an der ersten Instanz, am Bezirksgericht, wir brauchen in jeder Distanz und gerade in den unteren Instanzen für das Volk, ganz besonders qualifizierte moralische Menschen... Jeder, der erst dem Richter unmöglich macht, sein Amt als unabhängiger Mann auszuüben, untergräbt nicht nur die Rechtspflege, sondern er untergräbt auch den eigenen Staat.

Nach Erledigung dreier Immunitätsfälle wurde die Sitzung geschlossen... Nächste Sitzung: Montag, 17. November, 3 Uhr nachmittags.

Schulfragen im Budgetausfluß.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses konstatierte der Referent Dr. Erdinko unter anderem:

Die Ausgaben dieses Budgetartikels sind gegen das Vorjahr um 80,471.634 Kronen geringer... Von dieser Kürzung entfallen 81 Millionen auf die Post, betreffend Vorschüsse auf die

Lehrergehälte, die heuer wegfällt, nachdem sie auch im Vorjahre nicht verwendet worden war... Die Post „Hochschulen“ weist einen um 12.1 Millionen Kronen geringeren Aufwand auf... Die Post „Mittelschulen“ ist um 4.6 Millionen verringert... Die Post „Fachschulen“ um 1.8 Millionen... Die Post „Refraktion“ weist auf den ersten Blick den Aufwand für das Volksschulwesen auf, nämlich um 65 Millionen, aber dies ist die Folge der erwähnten Auslassung der Post von 81 Millionen für Lehrergehälte... Es hat sich also der Volksschulhaushalt eigentlich erhöht... Die Ausgaben für den Rubrum haben sich um 2,223.000 Kronen vermindert.

Die Hochschulen sollten mit allem, was sie brauchen, ausgestattet werden... Die Zahl der Mittel- und Fachschulen sollten restringiert werden, und in den ersten Klassen der Mittelschulen sollte man die Einführung eines Numerus clausus erwägen... Die Schule muß überhaupt anders werden... Wir brauchen vor allem die Bürgerschule... Die im Vorjahre vorgeschlagene Reform der Mittelschulen war ungenügend und wurde sowohl von den Hochschulen wie von den politischen Parteien abgelehnt... Die Reform der Mittelschulen darf diese nicht mit der Bürgerschule auf ein Niveau stellen, denn das würde bedeuten, daß wir dann um einen tausend niedrigerer Mittelschulen mehr hätten als jetzt... Man sollte den Andrang zur Mittelschule eindämmen und nur die Begabtesten zum Studium zulassen.

Erdinko gab auch der Meinung Ausdruck, daß das Gesetz der deutschen Parteien über die angelegte Drosselung der deutschen Schulen unbegründet sei... Die Zahl der auf eine Schulklasse entfallenden deutschen Schüler und Studenten ist weit niedriger als in den tschechischen Schulen... Das gilt von den Mittel-, Volks- und Bürgerschulen... Auf eine tschechische Mittelschulklasse entfallen in Böhmen 36, auf eine deutsche bloß 28 Schüler... In Mähren sind die betreffenden Ziffern 37, beziehungsweise 29, in Schesien bei den Deutschen 33, bei den Tschechen 34, bei den Polen 35 Schüler pro Schulklasse.

Insgesamt ist die Zahl der Mädelkinder 109,479, also ungemein groß... Die Zahl der studierenden Mädchen beträgt 29,151, also ebenfalls sehr hoch... Die Zahl der Volksschüler beträgt (Karpatenrußland ausgenommen) 34,800, die Schülerzahl 1,537,479... Auf eine tschechoslowakische Volksschulklasse entfallen 40,47, auf eine deutsche 39 Schüler... Bei den Bürgerschulen ist das Verhältnis 46,5 zu 42... Die Zahl der Bürgerschüler beträgt 295,668... Am Ende des letzten Schuljahres gab es 816 Minderheitschulen, davon 796 tschechische, 19 deutsche und eine polnische... Dazu kamen im laufenden Schuljahr 85 neue tschechische Minderheitsvolksschulen und 41 Bürgerschulen.

Der Minister: Sparen, sparen, sparen!

Minister für Schulwesen Dr. Markovic erklärt, daß die letzten Jahre eine Periode breiter Initiative auf verschiedenen Gebieten des Schulwesens bedeuten, daß aber die gegenwärtige Zeit und insbesondere die Zukunft auch der Schulverwaltung Sparmaßnahmen auferlegt... Man wird nicht mehr in der Errichtung neuer Anstalten und ihrer Vervollkommnung, sowie in der Unterstützung verschiedener nichtstaatlicher Anstalten wie bisher fortfahren können... Man wird Mittel und Wege suchen müssen, um die Vervollkommnung des Schulwesens fortzusetzen, ohne gezwungen zu sein, die Budgetposten zu erhöhen... So werden wir z. B. erwägen müssen, wie man eine Vereinigung einzelner Fakultäten der Hochschulen durchzuführen und dadurch die allseitige Ausgestaltung des so vereinigten Institutes erzielen könnte... Der Minister versichert, daß es für die weitere Organisation der Hochschulen keinen anderen Ausweg gebe... Dasselbe gilt von den Mittelschulen... Wir werden feststellen müssen, ob man nicht durch Vereinigung einzelner Mittelschulen bestimmte Ergebnisse erzielen und so eine Vervollkommnung dieses Schulwesens ermöglichen kann... Was die „Ausgleichung des Verhältnisses zwischen dem Mittelschulwesen der einzelnen Nationalitäten“ anbelangt, deuten die in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen darauf hin, daß wir uns diesem Ziel schon nähern... Auch bei Durchführung des Substitutionsprogramms wird man sparen müssen... Ebenso wird die Verstaatlichung der Fach- und Mittelschulen nicht so weiter gehen können.

Letzte Nachrichten.

Zusammenstoß der italienischen Opposition.

Rom, 11. November. (Sprekani) Die Abgeordneten der Oppositionsparteien sind heute im Sommergebäude zusammengetreten... Der Vorsitzende Rodino betonte die Entschlossenheit und Unabhängigkeit der Oppositionsparteien und erklärte, das Bündnis der Oppositionsparteien wolle den Italienern den Schutz des friedlichen bürgerlichen Zusammenlebens wiedergeben, das die Einstellung jeder Gewalttätigkeit, die Entwasserung der Bürger und die Wiederherstellung der Disziplin und der Autorität des Gesetzes fordere.

Die Versammlung nahm eine längere Erklärung an, in welcher dem Lande mitgeteilt wird, daß die Parteien der Opposition an den Parlamentsarbeiten nicht teilnehmen werden, denn die von ihnen am 27. Juni festgestellte Lage dauere fort... In der Erklärung wird an allem, was die Regierung getan hat, heftig Kritik geübt.

Außenpolitische Schwengung der Vereinigten Staaten?

Infolge des Todes des Senators Lodge.
 Berlin, 11. November. Die „Vossische Zeitung“ berichtet aus New York, daß durch den Tod des Senators Lodge, der führenden Außenpolitikers im Senat, in Washington wichtige politische Änderungen eintreten werden. Den Vorsitz der außenpolitischen Senatskommission erhält endgültig Senator Borah, der die Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten fordert, jeden Schuldennachlaß an die Alliierten ablehnt und zuletzt die Politik des Staatssekretärs Hughes unterstützt. Besonders bekämpft er die Teilnahme Amerikas an internationalen Schiedsgerichten im Haag.

Spanien bittet um Frieden.

Paris, 11. November. Wie „Le Journal“ erfährt, hat Spanien Delegierte nach Gibraltar entsandt, um mit den Delegierten der Riff-Kabylen Frieden zu schließen.

Prager Kurse am 11. November.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden . . .	1383.50 00	1389.50 00
1 Billion Mark . . .	8.09 75	8.15 75
100 belg. Franks . . .	163.75 00	168.25 00
100 schwed. Krone . . .	65.71 00	68.00 00
1 Pfund Sterling . . .	157.05 00	158.45 00
100 Lire . . .	147.37 50	148.87 50
1 Dollar . . .	38.95 00	39.25 00
100 franz. Franks . . .	173.12 50	181.62 50
100 Dinar . . .	49.05 00	49.55 00
10,000 ungar. Kronen . . .	4.33 87	4.33 87
100 poln. Zloty . . .	65.25 00	68.50 00
10,000 öherr. Kronen . . .	4.70 50	4.90 50

Die Gemeindevahl in Groß-Ostrau.

Die am Sonntag, den 9. November, stattgefundenen Gemeindevahlen in Groß-Ostrau machen einem langen Zustand des Interregnums ein Ende. Während in allen übrigen Städten der Republik bereits die zweiten Gemeindevahlen vorüber sind, wurde in Ostrau eine solche bis jetzt ständig hinausgeschoben.

Im Anfang waren es die ungelärten Grenzverhältnisse. Im angrenzenden schlesischen Gebiete wurde ein Referendum, eine Lokalabstimmung, über dessen künftige Staatszugehörigkeit vorgenommen. Schon damals wurde das Projekt „Groß-Ostrau“ sehr lebhaft erörtert, ein Projekt, das alle die großen zusammenhängenden Industrieorte zu einer Großgemeinde vereinigen sollte. Nun liegt Ostrau in einem mehrfachen Grenzviereck eingekleidet. Ohne die Einbeziehung der schlesischen Orte läßt sich zu einer großzügigen Wirtschaft- und Verkehrsplanung nicht eintreten. Außerdem kam dieses Projekt den Wünschen der tschechoslowakischen Ortsgemeinden entgegen, die sich durch die Einbeziehung der schlesischen Orte eine Majorität der immerhin noch ganz bedeutenden deutschen Minorität von Ostrau-Witkowo erhofften. Durch die Errichtung dieser Großgemeinde wäre die Stadt in bezug auf Größe und Einwohnerzahl nach Prag an erste Stelle gerückt.

Die Verzögerung der Inszenierung der Gemeindevahlen, deren eine ihren Sitz in Ostrau haben sollte, hat das Projekt Groß-Ostraus vereitelt. An dessen Stelle ist es zu einer Vereinigung der mehrfachen Orte Ostrau, Přibov, Witkowo, Marienberg, Sulwaden, Grabova und Neudorf gekommen. Die Stadt zählt nun nach Einbeziehung dieser Orte immerhin weit über 100.000 Einwohner, was das Interesse an der ersten Gemeindevahl in dieser Stadt erklärlich erscheinen läßt. Politisch herrschen in Ostrau ganz ungelährte Verhältnisse. Obwohl die Bevölkerung zum größten Teile aus Arbeitern und Angestellten

besteht und obwohl nach dem Umsturz die tschechischen Sozialdemokraten mit Prokeš an der Spitze sofort die Herrschaft an sich rissen, konnte man nicht gut von einer Vorherrschaft der Arbeiterparteien sprechen. Vor dem Kriege war der Zugang von polnischen, ungarischen, italienischen, ja sogar russischen Arbeitern sehr stark. Diese rüchständigen Arbeiter waren schwer für eine Organisation und noch schwerer für eine Organisationsarbeit zu gewinnen. Dazu kam der unerhörte Terror der Witkower Werks- und Grubenverwaltungen, die jede Organisation mit Gewalt unterdrückten. In aller Erinnerung sind noch die berühmten Pichwahlen, wo man die tschechischen und polnischen Arbeiter durch die Androhung der Entlassung einerseits und durch die Verabreichung von Bier, Schlosch und Zigarren andererseits zwang, den deutschnationalen Unternehmervertreter zu wählen.

Nach dem Kriege flogen uns diese indifferenteren Massen zu. In der kurzen Zeit konnten sie aber nicht erfasst und durch eine umfassende Erziehungsarbeit zu Sozialisten gemacht werden. Als dann die kommunistische Welle bei uns einbrach, fand sie in Ostrau den günstigsten Boden. Die deutsche und die tschechische sozialdemokratische Parteiorganisation wurde förmlich vom Boden hinweggefegt. Langsam erst kam die Besinnung wieder und die Unfähigkeit der kommunistischen Phrasenhelden half mit, den kommunistischen Kampf zu verteidigen. Die Folgen aber sind für das Ostrauer Proletariat geradezu furchtbar zu nennen. In Witkowo folgte ein Lohnabbau und eine Entlassung der anderen, dem kein Widerstand entgegenzusetzen war. Die deutschen Eisenbahner wurden dezimiert. Die Folge davon war eine verzweifelte Krisenstimmung unter den Arbeitern, die sich in wiederholten wilden Streiks der Bergarbeiter und in dem Abschwenken großer Arbeitermassen in das Lager der Christlichsozialen und besonders der Radikalen bemerkbar machte.

In diese Zeit fielen nun die ersten Gemeindevahlen. Niemand konnte eine Vorhersage bei diesen ungelärten Verhältnissen wagen. Nun das Resultat vorliegt, kann man feststellen, daß sich aus diesem Chaos weder normale Verhältnisse zu entwickeln beginnen. Die tschechischen Sozialdemokraten gehen wieder als die stärkste Partei mit 16 Mandaten hervor, obwohl sie gegen die Reichswahlen von 1920 einen Stimmenverlust zu verzeichnen haben, der aber nicht als abnormal zu gelten hat und besonders unter den oben geschilderten Verhältnissen als sehr günstig bezeichnet werden muß.

Schlechter schneiden die Kommunisten ab, die es im ganzen auf 7 Mandate brachten, trotzdem sie in der Wohngeneration alle Größen aufmerksam machen. Sie hat sich hier allerdings gezeigt, daß sie zwar zerstören, die Macht der Arbeiterschaft schwächen, aber nichts aufbauen vermögen.

Unsere deutschen Genossen verfügen über eine ganz kleine Lokalorganisation und haben sie die Frage der Wahlbeteiligung lange erwogen. Obwohl ihnen weder ein Vertrauensmännersystem, noch die Mittel zur Verfügung standen, haben sie doch eine solche beschloffen. Es ist ihnen trotz der widrigen Umstände gelungen, ein Mandat zu erobern und haben dadurch gezeigt, daß die Partei auch hier noch lebt. Die kleine Stimmzahl von 816 Stimmen erklärt sich daraus, daß gerade unter den deutschen Arbeitern Witkowo und Přibov die Kommunisten und die deutsche Wahlgemeinschaft die meisten Stimmen herausgeholt haben.

National ergibt sich das Bild, daß außer den Kommunisten die Deutschen mehr als 23 Prozent der Stimmen erhielten, daß also der ganz schlesische Charakter Groß-Ostraus erhalten bleibt. Die nächste Wahl dürfte schon ein, der Arbeiterschaft bedeutend günstigeres Ergebnis zeitigen.

haupt, das wir kennen, ist der Wasserstoff. Er ist 14,5mal leichter als die gewöhnliche Luft. Die damit gefüllten Ballons haben große Tragkraft, aber sie haben einen großen Nachteil. Der Wasserstoff ist nämlich sehr leicht entzündlich und bildet, mit Luft gemengt, ein äußerst explosives Gemisch, das sogenannte Knallgas. Ein kleiner Druck genügt, es zu einer furchtlichen Explosion zu bringen.

Da bot sich nun in dem erst 1868 entdeckten Helium ein geradezu ideales Füllmittel für Luftschiffe. Das Helium ist bloß doppelt so schwer als der Wasserstoff, es ist daher noch immer etwa siebenmal leichter als die gewöhnliche Luft, hat also immer noch genügend Auftrieb und es ist vor allem gegen alle Arten von Angriffen, Schlägen und Stößen, Funken und Feuer usw. völlig unempfindlich. Es brennt ja nicht und bildet auch keine explosiven Gemische. Es hat nur einen Fehler. Es ist auf der Erde recht selten. Es gehört zu den interessantesten Kapiteln der chemischen Geschichte, daß es nicht zuerst auf der Erde, sondern auf der Sonne entdeckt wurde. Im Jahre 1868 beobachtete Fraunhofer die Gasausstrahlungen der glühenden Sonne durch das sogenannte Spektroskop und da fand er Linien, die von einem Grundstoff herrühren mußten, der auf der Erde unbekannt war, er nannte dieses Element daher von Helios — Sonne — das Helium. Erst viel später, 1892, wurde das Element auch auf der Erde entdeckt. Es findet sich hier zwar überall in der Luft, jedoch in sehr geringer Menge. Nach Ramsay enthalten sechs- bis hundert Kubikmeter Luft, etwa drei bis vier Kubikzentimeter Helium. Für die Gewinnung im Großen ist also diese Quelle schwerlich geeignet. Weiters findet sich das Helium in gewissen stickstoffhaltigen Quellen, zum Beispiel in der Schwefelquelle Roßberg zu承德 in den Bergen. In etwas größerer Menge kommt es in den Mineralien Cleveit, Urganit, Nitrospat,

Tages-Neuigkeiten.

Für die Freiheit der Wissenschaft!

Eine Rundgebung der sozialistischen Hochschüler.

Die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“ hielt am 10. November ihre ordentliche Vollversammlung ab. Sie nahm zunächst durch Annahme der folgenden Resolution zu dem Verbot des Vortrages des Genossen Dr. Wiener durch das Rektorat Stellung.

Die Vollversammlung der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker“ stellt fest, daß das Verbot des Vortrages des Genossen Dr. Robert Wiener einer der vielen Akte der Verfolgung und Boykottierung der sozialistischen Studenten durch die reaktionären Behörden der deutschen Universität in Prag ist. Dieses Vorgehen schließt allen Begriffen von „wissenschaftlicher Freiheit“, die an der Hochschule ihre Heimat haben sollen, ins Gesicht. Die sozialistischen Studenten der Prager deutschen Universität betrachten das Vorgehen des Rektorats als eine Provokation. Dieser Vorfall hat ganz klar und eindeutig bewiesen, daß die Existenz der heutigen, aus dem Mittelalter überkommenen Hochschulautonomie, nicht einmal den Anforderungen der bürgerlichen Demokratie entspricht. Sie fordert daher alle sozialistischen Klubs im Parlament für eine Regelung der Universitätsverfassung, die den modernen Verhältnissen und den Interessen des Proletariates entspricht, einzutreten. Im Rahmen dieser Universitätsreform muß auch die Befreiung der theologischen Fakultät herbeigeführt werden, deren Existenz, wie dieser und andere Fälle beweisen, den Ruf der Universität als wissenschaftliches Forschungsinstitut diskreditieren. Gleichzeitig richten wir an sämtliche proletarische Studenten, ohne Unterschied der Nation, die Anforderung, den entschiedensten Kampf für die Befreiung des veralteten Hochschulsystems aufzunehmen und an allen Hochschulen das Selbstbestimmungsrecht der Studenten zu erwirken. Da die akademischen Behörden und die bürgerlichen Studentengruppen gezeigt haben, daß sie nicht in der Lage sind, ein Organ, das sämtliche Studenten vertritt, ins Leben zu rufen, wird der neugewählte Ausschuss beauftragt, im Sinne dieser Resolution Schritte einzuleiten.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im letzten Jahre verstorbenen Führer des internationalen Proletariats, Lenin, Matteotti, Anzole Frances und Karl Cernak.

Die Versammlung nahm auch zu dem herrschenden Wohnungselend der Studentenschaft Stellung. Ueber einen aus dem Plenum gestellten Antrag wurde beschlossen, gegen das vom Rektor verfügte Verbot an den akademischen Senat zu rekurrieren. Die Versammlung beschloß außerdem einen Protest gegen die beschlossene Auflösung der Kassa (Kommunist. Studentenfraktion). Der Antrag der „Freien Vereinigung“ für proletarischen Bildungszwecken“ bezutreten, wurde angenommen. Zum Obmann für das laufende Studienjahr wurde Genosse Emil Fischer (Dörfel bei Reichenberg) gewählt.

Mag Holz — Spitzenkandidat der KPD.

Zu den im Dezember stattfindenden Reichswahlen in Deutschland haben nun auch die Kommunisten, wie wir bereits gemeldet haben, die Reichsliste aufgestellt. Die „Internationale“ bringt diese Reichsliste mit folgendem fetten Titel in großen Lettern: Spitzenkandidat Mag Holz!

Monazit, Aeschynit und Fergusonit vor. Es wird aus diesen Mineralien, hauptsächlich aus dem Cleveit, durch ein kompliziertes, langwieriges Prozedere dargestellt. Man braucht sehr große Mengen Material, um nur etwas größere Mengen von dem Gas herzustellen. Es ist daher v.öndlich, daß es sehr teuer ist.

Ein Vorkommen dieses Elementes ist von ganz besonderem Interesse. An ihm ist der alte Traum der Alchimisten in gewissen Sinne wahr geworden. Wunsch der Alchimisten war es, unedle Metalle in edle, hauptsächlich in Gold, zu wandeln. Das war vergeblich, denn man kannte kein Mittel, ein Element in ein anderes zu verwandeln; also etwa Kohle in Schwefel, Eisen in Nickel, Kupfer in Gold. (Erst ganz neuerlich soll es gelungen sein, Quecksilber in geringen Mengen in Gold zu verwandeln, doch ist die Nachricht mit großer Vorsicht aufzunehmen.) Was aber den Helium mit beschränkten Mitteln und in kleinen Portionen, die ihm zur Verfügung stehen, nicht gelingt, das gelingt der Natur mit unerschöpflichen Mitteln und in ungeheuren Zeiträumen. Und es scheint, daß die Elemente, die wir kennen, noch einheitlichem Plane aufgebaut sind, daß sie zerfallen und ineinander übergehen können. Von dem wissen wir das mit Bestimmtheit; von den sogenannten Radioaktiven. Und eines dieser radioaktiven Elemente, das Radium selber, liefert bei seinem Zerfall auch das Helium. Ja es scheint, daß das Helium überhaupt nur ein Zerfallsprodukt des Radiums ist und daraus würde sich auch seine große Seltenheit erklären, denn auch das Radium ist auf der Erde — wenn auch stark verbreitet — nur in geringen Mengen vorhanden.

So gehörte dieses Element schon bisher zu den interessantesten Stoffen und nun soll es, zuerst auf der Sonne gefunden, uns sonnenwärts tragen. Es ist der Romantiker unter den chemischen Elementen.

Stolz und selbstbewußt steht das Aufzeichen hinter dem Namen. Als hätte es zu verkünden, daß ein großer Mann würdig befunden wurde, die St. P. D. im Wahlkampf zu führen.

Mag Holz lebt jedoch — auch fünf Aufzeichen des Aufzuges Kommunistenbündnisse können darüber nicht hinwegtäuschen — noch allzu frisch in der Erinnerung aller Arbeiter als ein verbrecherischer Marodeur des Klassenkampfes. Und sollte das genannte Blatt wirklich sein, mit Holz weiterhin eine auf die Bergeshöhe der Massen proletarische Reklame zu treiben so empfehlen wir ihm, zur Ergänzung der Charakteristik des mit einem alarmierenden Aufzeichen versehenen Spitzenkandidaten folgenden Auszug aus dem rühmlichen Geständnis wiederzugeben, das Holz in einer Eingabe an den Reichsamte-Justizrat im Februar dieses Jahres abgelegt hat. Holz erklärte in diesem Geständnis unter anderem:

„Ich meldete mich in den ersten Tagen des August als Kriegsfreiwilliger und wurde am 10. August in das 18. Infanterieregiment in Großenhain eingestellt. . . Meine Führung im Militärpaß lautete auf „gut“ und „sehr gut“. Ich erhielt das „E. II.“ und die „Friedrich-August-Medaille“. Bis zu den Novemberereignissen habe ich mich nie politisch betätigt. . . In Berlin und Dresden war ich tätiges Mitglied des Christlichsozialen Vereins junger Männer. . . Schon vor meiner Verhaftung habe ich begreifen gelernt, daß die Voraussetzungen, unter denen ich meine Handlungen beging, den Tatsachen und ihren Zusammenhängen nicht entsprachen. . . Bei dem Moskauer Prozeß hatte mich der Selbsthaltungstrieb und die Erkenntnis des Zwecklosens meiner Handlungen sehr wohl bestimmen können, vor dem Gericht ein klareres Geständnis meiner politischen Irrungen abzulegen. Ich habe dies aus dem Grunde nicht getan, weil ein solches Bekenntnis doch nur dahin ausgelegt worden wäre, als wollte ich mir dadurch eine mildere Beurteilung verschaffen. . . Bewußt habe ich mich gegen die Befehle vergangen und ich darf nicht jammern, wenn dafür Vergeltung an mir geübt wird.“

Wenn dann die „Internationale“ zu diesem Geständnis ein Aufzeichen setzt, so würde sie einmal ehrlich gebandelt haben. Ihrer heutigen Ehrlichkeit glaubt sie dadurch genügend Rechnung getragen zu haben, daß sie zu dem Namen Holz in Klammer beifügt: Jurzeit in Haft. Holz revolutionäre Taten während der Haft — siehe das Geständnis! — hat sie schon vergessen. Vergessen haben sie jedoch nicht die Arbeiter!

Die Verwaltungskommission von Groß-Bissen.

Die politische Bezirksverwaltung von Bissen hat in einer Zuschrift die lokalen Parteiorganisationen aufgefordert, ihre Vertreter für die zu errichtende Verwaltungskommission von Groß-Bissen sowie für die engere Verwaltungskommission zu nominieren. Im Sinne des Erlasses des Ministeriums des Innern wird die deutsche Minorität Bissens in der Verwaltungskommission durch einen Deutschen demokraten und einen Sozialdemokraten, in der engeren Verwaltungskommission durch einen Deutschen demokraten vertreten sein. Den tschechischen Parteien wurden in der Verwaltungskommission folgende Mandate zugesprochen: Sozialdemokraten 26, Nationalsozialisten 15, Nationaldemokraten 13, Volkspartei zwei, Agrarier und Gewerkepartei je ein Mandat.

„Das ganze Ausland spuckt auf uns“ — oder es gibt noch Richter in — Polen.

Aus Polen. Teichner wird uns berichtet: Bekanntlich war der Genosse der deutschen Partei in Polen, Dr. Glucksmann, vor dem Senat in Teschen wegen des Vergehens nach § 305 Str.-G. angeklagt, weil er angeblich in einer Protestversammlung gegen die Sperrung deutscher Schulen im Bielitzer Bezirk zu durch das Gesetz verbotenen Handlungen aufgefordert hat. Die Verhandlungen endeten mit einem vollständigen Freispruch des Angeklagten. Während der Verteidigungsrede machte nun der Advokat zur Illustrierung der Verhältnisse in Polen die wörtliche Bemerkung: „Das ganze Ausland spuckt auf uns.“ Wegen dieser Äußerung wurde der Advokat angeklagt. Das Berufsgericht sprach den Angeklagten, gegen den der Staatsanwalt nach Artikel V des Ges. v. 17. Dez. 1862, Nr. 8, R.-G.-Bl. die Anklage erhoben hatte, mit der vielleicht irgendwohin zielenden Bemerkung frei: „In Polen existiert bis nun kein Gesetz zum Schutze der Republik und der Staat als Ganzes als auch die Gesamtheit werden durch den Artikel V des zitierten Gesetzes nicht geschützt. Eine extensive Interpretation des Strafgesetzes ist unzulässig.“ — Ohne die Beweise des Angeklagten — eine Unmenge von Auslands- und Inlandszitataten aus Zeitungen — zuzulassen, verurteilte der Gerichtshof den Freispruch in dieser Richtung. — Anlässlich der Budget- und Justizdebatten in der Tschechoslowakei ist es nicht uninteressant, den Fall der Öffentlichkeit mitzuteilen, damit sie die allgemein vorgebrachten Klagen über unsere Justiz mit den sogenannten „Juden“ in Polen vergleichen könne.

Das deutsche Schulwesen in Lundenburg ist in den letzten Tagen neuerdings auf das Empfindlichste bedroht worden. Durch eine Verfügung des Landesdirektors Brunn ist die vierklassige Volksschule in Lundenburg in eine zweiklassige umgewandelt worden. Alle Proteste und Vorstellungen waren erfolglos. Ob der Rücktritt an das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur jetzt überhaupt noch einen Zweck haben wird, bleibt abzuwarten, da die jetzige Lundenburger Reichsanstalt die zwei freigebliebenen Schulklassen sofort mit Abteilungen des tschechischen Kindergartens besetzt.

Das Helium.

Von Ing. chem. Otto Dittmar.

Zur Füllung des Z. N. III. werden die Amerikaner Helium benötigen.

Helium! Was ist das? Ein chemischer Grundstoff, ein Element, ein Gas. Eines der interessantesten Gase, die wir kennen. Es gehört in die Gruppe der Edelgase. Die heißen Edelgase, weil sie in gewisser Hinsicht den Edelmetallen (Gold, Platin, Silber usw.) ähnlich sind. Wie diese, sind sie gegen alle chemischen und mechanischen Einflüsse sehr widerstandsfähig, sie verändern sich nicht an der Luft, haben wenig Anziehungskraft für andere Grundstoffe, bilden mit ihnen nur sehr schwer chemische Verbindungen (Säuren, Basen, Salze), unterwerfen nicht die Verbrennung und auch nicht die Ammung organischer Lebewesen, brennen auch selbst nicht und bilden keinerlei explosive Gemische. Kurz, sie bleiben gegenüber allen äußeren Einflüssen vornehm gleichgültig, unverändert. Daher der Name Edelgase. Zu ihnen gehören außer dem Helium auch noch das Neon, Argon, Krypton und Xenon.

Das Helium ist bedeutend leichter als die atmosphärische Luft und eignet sich daher vorzüglich zur Füllung von Luftballons.

Die ersten Ballons füllte man mit warmer Luft. Warme Luft ist leichter als kalte, damit gefüllte Ballons erhoben sich also, doch währte die Herrlichkeit nicht lange, die Luft kühlte sich rasch ab und der Ballon sank wieder. Es trat sich man zur Sauerstoffgasfüllung über. Die kleinen, bunten Ballons, die man auf Jahrmärkten für Kinder feilscht, sind heute noch damit gefüllt, Sauerstoffgas ist aber nur etwa halb so schwer wie Luft. Die Tragkraft damit gefüllter Ballons, nicht sehr groß. Man sah sich daher bald nach einem anderen Gas für diesen Zweck um. Das leichteste Gas über-

Gräßliche Mordtat. In der Nacht zum Samstag ereignete sich in Schönwald bei Rausch (Mähren) eine schreckliche Mordtat. In dieser Nacht erschienen bei den Eheleuten Morbier zwei Männer, die im Besitze mit Auf angeschworen waren. Der eine von ihnen verriet dem im Bett liegenden Mann Morbier mit einer Gabel einen Schlag auf den Kopf, geriet ihn sodann aus dem Bette und gab dem auf dem Fußboden Liegenden noch weitere Stöße auf den Kopf, so daß er bewußtlos liegen blieb. Unterdessen hatte der andere der gleichfalls im Bette liegenden Frau Marie Morbier einen Beilhack auf den Kopf versetzt. Gestohlenenwärtig lag sich jedoch die Frau sofort die Jacke über den Kopf, so daß sie einigermaßen verschont blieb, obwohl die Räuber sie zu empfindlichen Verletzungen. In einem unbewachten Augenblick gelang es dann der Frau, zu fliehen, um Hilfe herbeizuholen. Unterdessen kam auch der Sohn des Ehepaars, Rudolf, auf das Geschrei ins Zimmer. Als er eintrat, wurde er mit einer elektrischen Taschenlampe angeleuchtet und zugleich mit der Gabel niedergeschlagen. Die Räuber flüchteten dann miteinander: „Die alte Bestie müssen wir auch erschlagen!“ Die meinten damit die Mutter der Frau Morbier, die in einem nebenan liegenden Zimmer wohnte und diese Worte auch hörte. Sie lief sofort zu einer benachbarten Partei namens Glier. Als Herr Glier zu Hilfe herbeieilte, wurde auch er mit einem Beilhack niedergestreckt. Bevor nun die anderen Nachbarn zusammengelaufen waren, besanden sich die Täter bereits auf der Flucht. Zurückgelassen haben sie ein langes Messer und einen Stod. Es wird angenommen, daß die Täter das Ehepaar Morbier erauben wollten.

Ein neues Krebsmittel? Einem Prager Arzte ist laut einer Meldung des deutschgeschriebenen Regierungsblattes nach unzähligen und schwierigen Versuchen, ein Präparat herzustellen, welches er „Geduroi“ genannt hat und das bei vernachlässigten Krebsfällen Verwendung finden soll. Es handelt sich um ein symptomatisches Mittel, in welchem allen Symptomen der hoffnungslosen Krebse Rechnung getragen wird. Der Name des Entdeckers wird wegen der laufenden Verhandlungen nicht genannt. Das Mittel hat sich an Deutschlands Kliniken glänzend bewährt.

Ein Kind von einem Aufzug ertränkt. Im Fabrikshof der Firma Janitsch in Marienbad (Bezirk Oberleutensdorf) wurde das einjährige Zölnchen des Chauffeurs Cuschner von dem Aufzuge ertränkt, in den das Kind hineingerannt war. Erst als der Hausmeister bemerkte, daß der Aufzug nicht ganz herunterging, sah man die Hand des Kindes und bemerkte den Unfall. Das Kind war aber bereits tot.

In einem Tümpel ertrunken ist vor einigen Tagen das zweijährige Töchterchen des Gastwirts Funt in Kummerpursch (Bezirk Brüx). Das Kind war mit der Mutter in den Hof gekommen und während der Zeit, da die Frau eine Arbeit im Stalle besorgte, in den Garten gelaufen, wo es in ein Regenloch fiel. Der elfjährige Bruder des Kindes zog es zwar bald heraus, doch war es bereits tot.

Der ausgelegene Vöfel. Dem Kaufmann Josef Wabnik in Hussowitz war gestern früh vom Magen sehr schlecht. Um sich Erleichterung zu verschaffen, steckte er einen Vöfel in den Mund. Der Vöfel brach ab und prägnant verschluckte die eine Hälfte. Nun liegt er im Krankenhaus.

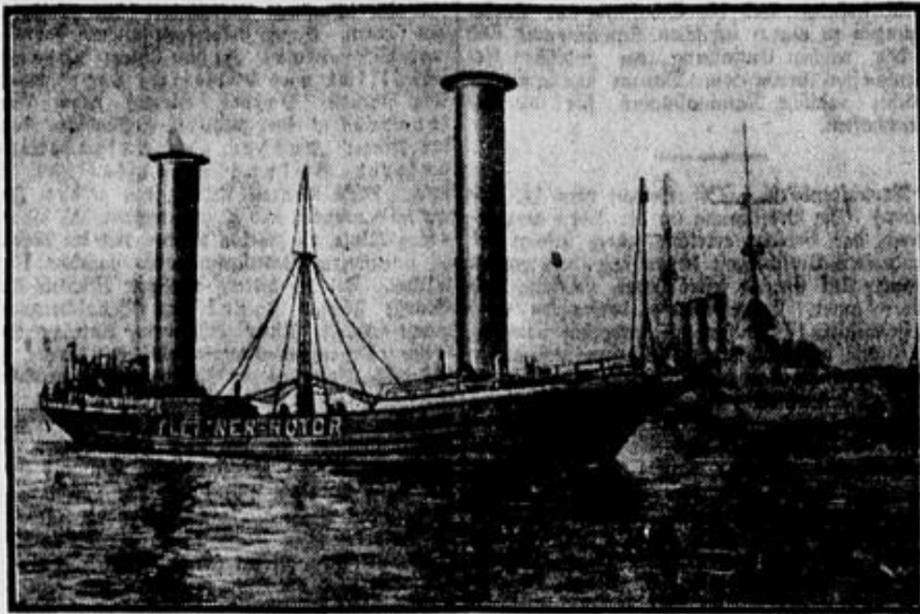
Die erste Kriminalstatistik für das Gebiet der Republik ist vor einigen Tagen fertiggestellt worden. Es handelt sich um die Statistik für 1923, denn bis zu diesem Zeitpunkt konnten die Daten für die Stomafel und Karpathenland nicht beschafft werden, so daß erst für dieses Jahr eine vollständige Kriminalstatistik vorliegt. Die Zahl der Verurteilungen durch die Bezirksgerichte betrug 1918 87.000, 1923 88.729 (1922 91.924) für die ganze Republik; in Böhmen 1918 6299, 1923 13.130. Die Strafzahlungsneue hat zahlreiche Delikte, die 1917 an die Bezirksgerichte abgeurteilt worden waren, an die Bezirksgerichte überwiesen. Die Verurteilungen an den Bezirksgerichten und Gerichten zusammen sind von 94.290 auf 101.868 gestiegen. In Böhmen, Mähren und Schlesien zusammen wurden verurteilt: 1918 165.815 und 1923 172.330 Personen.

Aus dem Fenster gestürzt. In Prag-Zizkowitz gestern nachmittags das zweijährige Zölnchen des Josef Redda aus dem Fenster der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße hinab und erlitt schwere Verletzungen. Der Vater des Kleinen war gerade zum Besuche im Krankenhaus bei seiner Frau, die er gestern nachts hatte hintransportieren müssen.

Ein würdiger Schuldloser eines deutschen Offiziersverbandes. Am Schlesienschen Bahnhof in Berlin befindet sich eine Note-Kreuz-Wache, in deren Verwaltung sich sehr schwere Mißbräuche ergeben haben. Die Verhaftung eines Angestellten führte zur Aufdeckung eines größeren Skandals. Der Leiter der Wache, Bahnkommissar Jeschke, hat sich schwerer sittlicher Verfehlungen an jungen Mädchen, die sich unter den Schutz des roten Kreuzes gestellt hatten, schuldig gemacht. Außerdem hat eine Revision der Bücher ergeben, daß Jeschke Unterschreibungen auf Quittungen seiner Angestellten gefälscht hat. Jeschke wurde lediglich auf Empfehlung eines Offiziersverbandes beim roten Kreuz angestellt. Nachforschungen über sein Vorleben sind offenbar nicht angestellt worden. Sonst hätte man erfahren, warum Herr Jeschke so plötzlich seinen Posten als Oberzolsekreter verlassen hat. Er wurde dort freistlos wegen einer Unerschlagung entlassen. Der Vorwurf, daß das rote Kreuz in der ganzen Angelegenheit außerordentlich leichtfertig vorgegangen ist, wird dadurch noch bedeutend verstärkt. In-

Das Flettner-Rotorship.

Zur Revolution im Segelschiffbau.



Unser Bild zeigt das Flettner-Rotorship mit seinen charakteristischen zwanzig Meter hohen rotierenden Stahlblechwalzen, die eine fünfzehnfach größere Ausnutzung der Kraft des Windes ermöglichen als um ein Drittel höhere Masten mit voller Segeltakelung.

zwischen ist Jeschke auf Grund der bisherigen Ermittlungen verhaftet worden und hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Beste Militärismus. Wie die Blätter aus München berichten, stellte auf dem Bahnhof München-Schleißheim ein Fähnrich der Reichswehr zwei Soldaten, die ihn nicht gekannt hatten, zur Rede. Als der Fähnrich vom Publikum bedrängt wurde, verteidigte er sich erst mit den Fäusten und dann mit dem Bajonett, wobei er einen Arbeiter durch einen Stich in den Unterleib lebensgefährlich verwundete. Der Fähnrich wurde festgenommen, nach der Einnahme aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Deutschnationaler Studententerror in Graz. An der Grazer Technischen Hochschule kam es Montag zu einem Skandal. Professor Dr. Alfred Leon, gegen den schon seit längerer Zeit eine Antipathie bei der deutschnationalen Studentenschaft besteht, sollte Montag nach zweijähriger Unterbrechung seine Vorlesungen wieder aufnehmen. Die deutschnationale Studentenschaft hatte in einer Versammlung beschlossen, Professor Leon nach wie vor als akademischen Lehrer abzulehnen. Vor Beginn der gestrigen Vorlesung hatte eine große Zahl deutschnationaler Studenten den Hörsaal besetzt. Als Professor Leon erschien, wurde er mit eifriger Ruhe empfangen. Ehe er aber noch das Wort ergreifen konnte, entfiel ein wüster Lärm. Der Professor blieb ruhig sitzen; man holte den Direktor nach dessen Erscheinen die Deutschnationalen bis auf einige Wenige den Hörsaal verlassen. Die Studenten blieben auf dem Gange stehen und empfangen Professor Leon, als er seine Vorlesung beendete hatte und den Hörsaal verließ, neuerdings mit Pfiffen und Schmähsen.

Die Anklage gegen Haarmann. die jetzt fertiggestellt wurde, wird wegen Vorbes in 23 Fällen erhoben. Der Mitangeklagte Kraus wird in zwei Fällen der Anstiftung zum Mord und im übrigen der schweren Diebstahl beschuldigt. Bei der Verhandlung, die anfangs Dezember beginnen wird und etwa 14 Tage dauern soll, werden 190 Zeugen einvernommen werden.

Ein Gerichtsgebäude im Schutze von Stachel-drahtverhauen. Aus Reval wird unter dem 10. ds. gemeldet: Heute am ersten Tage des Massenprozesses gegen 149 Kommunisten, die beschuldigt werden, am vorigen ersten Mai den Versuch gemacht zu haben, in Reval und Estland eine kommunistische Republik auszurufen, hat ein Generalstreik eingesetzt. Das Gerichtsgebäude in Reval ist von Truppen besetzt, mit Stacheldrahtverhauen umgeben und mit Maschinengewehren besetzt, da die Kommunisten gedroht haben, im Laufe des Prozesses einen neuen Versuch zu machen, die gegenwärtige Regierung zu stürzen.

Früchte des Rassenhasses. Nach einer Meldung aus New York werden in einem Steinbruch bei Canville in Kentucky 250 Neger von einer wütenden Menge bewaffneter Weißer belagert. Die Neger werden durch eine kleine Truppenabteilung mit Maschinengewehren geschützt. Die Veranlassung zu diesem Vorfall ist die Ermordung eines weißen Mädchens durch Schwarze.

Ein gefährlicher Au-Klug-Klan-Tempel. Auf bisher unerklärliche Weise wurden auf den neuen Au-Klug-Klan-Tempel in Northworth (Vereinigte Staaten) fünf Bomben geworfen. Der Tempel, der mehr als eine Million Dollar gekostet hat, wurde vollkommen zerstört. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Der orthodoxe kirchliche Kalender soll, wie aus Belgrad gemeldet wird, am 30. Dezember mit dem katholischen gregorianischen Kalender ausgeglichen werden.

Er ging aber mit Kadner in dessen nahe gelegene Wohnung. Dort legte er Kadner einen Verband an, worauf dieser Wein und Sekt herbeibrachte und eine neue Zecherei begann. Im Verlaufe derselben zeigte Kadner seine Orden und Ehrenzeichen. Als er auf einen Augenblick das Zimmer verließ und wieder zurückkehrte, schloß ein bulgarischer Orden. Es kam darauf zu einem Streit, bei welchem der Friseur dem Kadner angeblich drei Schläge über den Kopf verjett haben soll. Kadner ergriff ein Messer und stach dem Friseur beide Augen aus. Dann rief er mitten in der Nacht die Nachbarteute herbei. Diese fanden den unglücklichen Friseur regungslos auf dem Boden. Das Blut schoß ihm aus den Augenhöhlen hervor. Kadner wurde von der Polizei verhaftet, Rasfeld im Krankenhaus gebracht, wo er bereits gestorben ist. In seiner Tasche fand man den Orden und 100 Mark, die er anscheinend dem Kadner entwendet hatte.

Ein wahnsinniger Waghmann. In einer der letzten Nächte brachte in Madrid der Waghmann Baldoz seinen Heimkehrern und Hausbesuchern seinen kleinen Schreden bei. Er eilte mit geschwundener Pistole auf die Straße, hielt ein Auto an und zwang den Lenker, ihn in die Speditions-Bar zu führen. Dort blieb der Polizist an der Türe stehen, richtete den Revolver gegen die Gäste, befahl ihnen, in eine Ecke des Lokales zu gehen, und bestellte für sich und den Wagenlenker zwei Glas Bier. Dann führten die Männer in ein Kabarett, wo ihnen der Torhüter den Eintritt verweigerte. Der Wagenlenker fürchtete, daß ihm der Geistesgestörte, der bereits unzusammenhängend sprach, eine Kugel in den Rücken schießen würde. Der Torhüter, der das Tor vor dem Irrenhause zuschließen hatte, hörte noch dessen Beschl: „Fahren Sie ins Palais-Hotel!“ Als man ihm dort nicht rasch genug öffnete, schoß der Polizist dreimal gegen das Tor. Der unglückliche Lenker sollte ihn schließlich nach Barcelona schicken. Auf seine Bemerkung, daß er kein Benzin mehr habe, befahl ihm der Waghmann, in die Garage zu fahren, um Benzin zu holen. Der Besitzer war froh, daß er von dem Wahnsinnigen nicht erschossen wurde. Bei der Ausfahrt aus Madrid sah der Lenker vor sich zwei Waghleute gehen. Rasch fuhr er zu ihnen, wechselte einige Worte und auf diplomatische Weise gelang es, den Irrenhause Waghmann zu überwinden, zu fesseln und einer Irrenanstalt zu übergeben.

Die Elektrifizierung Tibets. Tibet, das Reich des Dalai-Lama, das noch vor einem Vierteljahrhundert von Europäern nur mit größter Gefahr betreten werden konnte und ein „verbotenes Land“ war, wird jetzt der modernen Zivilisation mehr und mehr erschlossen. Das Land wird nicht nur mit Telefonen und Telegraphen ausgerüstet, sondern es soll auch elektrische Beleuchtungsanlagen erhalten, für die man die bedeutenden Wasserkräfte des Berglandes benutzen will. Natürlich sind es englische Ingenieure, die von Indien aus diesen Kulturfortschritt ins Land tragen. Im vergangenen Jahre ist der Kupferdraht bis nach der Hauptstadt Lhasa geleitet worden. Die Leitung der Leitung verursachte in dem waldlosen Hochgebirge, das durchgehend mehr als 1000 Meter hoch ist, große Schwierigkeiten. Sie wurde aber in der kurzen Zeit von fünf Wochen durchgeführt, wobei sämtliche Arbeiten unter der Führung zweier englischer Ingenieure und einiger indischer Monteure von den Bauern der einzelnen Gebiete geleistet wurden. Die Bauern nutzten diese Arbeiten ohne Entschädigung machen, denn in Tibet ist der Fremdenstolz noch an Stelle von Zückerzählung üblich. In Lhasa ist man auf den telephonischen Anschluß, den man jetzt besitzt, sehr stolz, und die Lamas benutzen jede Gelegenheit, um zu telephonieren. Am begeistertsten ist der Dalai-Lama selbst, der sich jetzt von seiner Sommerresidenz aus mit seinen Ministern und Beamten in Lhasa verständigen kann. „Jetzt wird in der Nähe von Lhasa ein großes Elektrizitätswerk gebaut; die einzelnen Teile werden auf Eseln über die Berge geschafft. Die ganze Anlage wird von Zölnen des Landes ausgeführt, denn der Dalai-Lama hat eine ganze Anzahl von Tibetern nach Europa geschickt, um sich in der Elektrizität auszubilden.“

Weihnachtsbitter. Die Bezirkskommission Prag für Kinderbeschütze und Jugendfürsorge teilt mit: Um die 68 Waisen und 112 Schüllinge des Generalvormundes (Knaben und Mädchen im Alter von 8 bis 16 Jahren), welche zumeist zu den Kernfamilien der Armen gehören, zu Weihnachten betellen zu können, auch ihnen dieses Kinderfest zu einem freudigen Fest zu gestalten, bittet die deutsche Hauptstelle für Kinderbeschütze und Jugendfürsorge in Prag I, Bartolomejska 8, edle Kinderfreunde um gütige Spenden an Geld, abgetragenen Kleidungs- und Wäscheartikeln, Schuhen und Spielsachen und sagt im Namen der armen Kinder für die kleinste Gabe im voraus herzlichsten Dank!

Wetterbericht vom 11. November. Im Laufe des Montag hat sich der Himmel in Böhmen und in Mähren vom Südosten nach Nordwesten fortschreitend mit dünnem Bewöl überzogen. Ueber Nacht bildete sich Nebel, Westböhmen hatte am Dienstag früh Nebeltrübe. Die niedriger gelegenen Teile Böhmens hatten keine Nachtfröste mehr aufzuweisen. (Minimum Prag 2, Ausg. 5 Grad Celsius.) Das böhmenländische Hochdruckgebiet erfährt vom Südwesten her eine neue Verstärkung. — W a h r s c h e i n l i c h e s W e t t e r v o n h e u t e: Wechselnd bewölkt, neblig.

Volkswirtschaft.

Westböhmisches Kreisconferenz der Angestellten.

Die Vertreter der westböhmisches Ortsgruppen des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Tepitz-Schönau, nahmen am Sonntag den 9. November in Karlsbad Stellung zu den gewerkschaftlichen Tagesfragen der Angestellten. Vertreter waren die Ortsgruppen Karlsbad, Mieritz, Neudorf, Rosbau, Grassitz, F. Kenu, Eger, Aßch und Marienbad. Die Zentralleitung war durch den Verbandsobmann Abg. Koll. Ernst Hirsch-Tepitz und Koll. C. J. Blohs-Verdenbach, die Kreisgewerkschaftskommission durch Koll. Scharing-Karlsbad vertreten. Den Vorsitz führten die Kollegen Hummel (Rosbau), Brousek (Karlsbad) und Dovid (Marienbad). Vor Eintritt in die Verhandlungen hielt Koll. Hummel dem viel zu früh verstorbenen einstigen Führer der Angestellten Gen. Karl Cermak einen tiefempfindlichen Nachruf.

Einstimmig gab Koll. Hirsch einen umfassenden Bericht über die derzeitige Wirtschaftssituation und umschrieb in leicht verständlicher Form den heutigen Aufgabenkreis der Kampforganisation der Angestellten. Reiches Votum lohnte seine Ausführungen, worauf die Delegierten der Ortsgruppen über ihre Tätigkeit berichteten. Ueber Bildungs- und Vorbereitungsfragen sprach Koll. Blohs-Bodenbach, der ein umfassendes Bild über die Bildungsprobleme, vor die heute die Angestelltenorganisation gestellt ist, entwarf. Anschließend wurde zur Abwehr der Tendenz Stellung genommen; die Herausgabe der Berordnung zur Beschränkung der Kündigung wurde durch eine natürliche Entschädigung festgelegt, in energischer Weise die Einführung der Sonntagsruhe durch Berordnung für die westböhmisches Städte mit Einschluß der Vororte gefordert und die Forderung zur Herausgabe eines Gesetzes zur Änderung des Paragraphen 114 b der Gewerkschaftsordnung in einer Resolution festgehalten, damit die politischen Landesverwaltungen dadurch ermöglicht werden, die sechs-Uhr-Lohnsperrung an Werktagen verordnen zu können. Für die Amoskassangehörigen forderte die Konferenz die Schaffung eines modernen Kollektivvertrages und die Wiedereinführung der Vierteljahrgruppen.

Die Konferenz beauftragte alle Ortsgruppen, überall in allerhöchster Zeit die Dringlichkeit der Weihnachts- und Jahreskommunikation anzustreben und entsprechende Aktionen einzuleiten.

Die beantragten Entschädigungen wurden einstimmig angenommen und Koll. Hummel konnte in einem kernigen Schlußwort an die Delegierten der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die in den letzten Wochen allgemein beobachtete Aufwärtsbewegung weiter anhalten wird, wenn alle Funktionäre mit Eifer wirken.

Statistik der gewerblichen Streiks und Ausperrungen im Jahre 1923. Laut Mitteilung des Statistischen Staatsamtes gab es im Jahre 1923 insgesamt 202 Fälle von Arbeitseinstellungen in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, u. zw. 180 Streiks und 22 Ausperrungen (im Jahre 1922: 220 und 27, im Jahre 1921: 320 und 27) mit zusammen 72.652 (300.730, 150.466) Arbeitnehmern, von denen 44.519 (228.619, 109.713) oder 61,3 Prozent (76,0 Prozent, 72,9 Prozent) streikten oder ausgesperrt wurden. Der Lohnverlust belief sich auf 14 Millionen Kronen (94 Millionen, 58 Mill.). Von allen 521.534 (2.530.667, 1.940.120) verkauften Arbeitstagen entfielen 388.180 (2.086.054, 1.487.563) oder 74,4 Prozent (82,4 Prozent, 76,3 Prozent) auf 49 (76, 103) Gruppenstreiks und Ausperrungen. 274.209 (2.113.478, 1.535.604) oder 52,6 Prozent (83,5 Prozent, 78,8 Prozent) der verkauften Tage entfielen auf Streiks und Ausperrungen, die länger als einen Monat dauerten, 473.692 (2.090.501, 1.383.910) oder 90,8 Prozent (82,6 Prozent, 71,0 Prozent) auf Streiks und Ausperrungen mit Lohnforderungen und 162.066 (502.161, 645.698) der verkauften Arbeitstage oder 31,1 Prozent (19,8 Prozent, 33,1 Prozent) entfielen auf Streiks und Ausperrungen, die für die Arbeitnehmer mit einem Mißerfolg endigten. Von allen Arbeitseinstellungen erbenen 42 (25, 53) für die Arbeitnehmer mit einem Erfolg, 108 (189, 192) mit einem Mißerfolg.

